

Bankrott des Neoliberalismus – Aufgaben der LINKEN

In der aktuellen Krise verbinden sich eine Konjunkturkrise und eine Krise der internationalen Finanzmärkte zur schwersten kapitalistischen Weltwirtschaftskrise seit den Jahren ab 1929. Hintergrund ist der gewaltige Überschuss an Anlage suchendem Kapital, der zur Entwicklung gigantischer Spekulationsblasen führt, die irgendwann platzen müssen. Gleichzeitig spitzt sich die weltweite Klimakrise zu. Hunger und Armut nehmen zu. Das kapitalistische Wachstumsmodell insgesamt ist der Krise. Immer mehr Menschen sind skeptisch und stellen sich die Frage nach Alternativen zu dem zerstörerischen System des Kapitalismus, das sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt haben.

Der ideologische und politische Bankrott des Neoliberalismus ist offenkundig. Doch die Bundesregierung unternimmt weder auf der internationalen noch auf der nationalen Ebene ernsthafte Versuche einer demokratischen Neuordnung der Finanzmärkte. Auch das vorgelegte so genannten "Maßnahmenpaket Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung" ist völlig unzureichend dimensioniert und soll überwiegend mit Steuer- und Kreditvergünstigungen Unternehmen fördern soll. Es ist nur zum kleinen Teil ein wirkliches Konjunkturprogramm, das drängende Defizite beseitigt, die Binnen- nachfrage und öffentliche Investitionen ausweitet und Arbeitsplätze schafft. Stattdessen wird mit der Politik der Staatsintervention die neoliberale Umverteilungspolitik von unten nach oben fortgesetzt.

Die Wirtschaftskrise verschärft die internationale Konkurrenz und erhöht damit die Kriegsgefahr. Sie befördert die neokoloniale Regimebildung wie in Irak, Afghanistan und Somalia. Ausdruck dieser Kriegsgefahr ist die NATO-Osterweiterung, ihre angestrebte globale Militärkooperation und ihre neue Strategie. DIE LINKE fordert deshalb die Be- endigung der Auslandseinsätze und weg mit der NATO.

Linke und fortschrittliche Kräfte in Deutschland tragen besondere Verantwortung dafür, die neoliberal-kapitalistische Politik in Europa und international zu überwinden. Deutschland mit seiner Exportorientierung, seinem Lohn-, Sozial- und Steuerdumping ist eines der wichtigsten Hindernisse für einen sozial-ökologischen Kurswechsel in der EU.

Mit Schärfe und Dauer der ökonomischen Krise werden Arbeitslosigkeit und soziale Krise sich zuspitzen. Die Auseinandersetzungen werden sich verschärfen, ein Rückfall in autoritäre Krisenbewältigung zu Lasten der breiten Schichten der Bevölkerung ist möglich, aber keineswegs ausgemacht. Entscheidend ist der Druck aus den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen und von der LINKEN.

Für eine soziale Antikrisenpolitik und einen grundlegenden Politikwechsel

Im Mittelpunkt eines Antikrisen-Programms für sollten folgende Forderungen stehen:

1. Unverzüglich muss ein **massives öffentliches Konjunktur- und Zukunftsinvestitionsprogramm** von in den ersten Jahren 75, später 50 Milliarden Euro aufgelegt werden; also dauerhaft mehr Geld für eine Million Existenz sichernder neuer Arbeitsplätze,

für Kinderbetreuung, Bildung und Wissenschaften, Gesundheits- und Sozialwesen, Verkehr und ökologischem Umbau, z.B. Förderung regenerativer Energieformen, Maßnahmen zur Ressourcenschonung.

2. Die Profiteure der Finanzmarktgeschäfte, Reiche und Kapitalbesitzer müssen bezahlen: Einführung einer Millionärssteuer von 5%; Steuer auf Börsenumsätze und alle anderen Finanztransaktionen, höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen, Spitzensteuersatz mindestens 50% (siehe das vom Parteivorstand der LINKEN beschlossenen Steuerkonzept). Damit wird auch der Zustrom von Geld auf die Finanzmärkte vermindert und durch die öffentliche Verwendung die binnenwirtschaftliche Nachfrage gestärkt.

3. Öffentliche Kontrolle über die Banken und das Finanzsystem sowie umfassende Regulierung der Finanzmärkte: Vergesellschaftung der Banken und Ausrichtung auf die Geld- und Kreditversorgung für die Bevölkerung und regionale Wirtschaft jeder Akteur, der Finanzsektor muss als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge organisiert werden. Jedes Produkt und jede Institution muss kontrolliert, hoch risikobehaftete Spekulation verboten werden.

4. Eine neue Ordnung der Weltwirtschaft und des Weltwährungs- und -finanzsystems, das soziale und ökologische Mindeststandards auf dem Weltmarkt gewährleistet und mit kontrollierten Wechselkursen und Kapitalverkehr neue Spekulationen verhindert und ein nachhaltiges und umweltverträgliches Wachstum ermöglicht. Alle Devisenumsätze müssen einer Steuer unterworfen und Geschäfte mit Steueroasen müssen unterbunden werden.

5. Stärkung des Sozialstaats und des öffentlichen Sektors (Daseinsvorsorge): Bessere Finanzausstattung der Kommunen, Stop von PPP-Geschäften; keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, Rekommunalisierung; keine (Teil-) Privatisierung der Bahn;

6. Rücknahme der Rentenkürzungen, der Teilprivatisierung des Rentensystems und der Rente mit 67: Ausbau des gesetzlichen umlagefinanzierten Rentensystems; Erhöhung der gesetzlichen Mindestsicherung im Alter.

7. Weg mit Hartz IV. Sofortige Anhebung der Regelsätze auf 435 Euro plus Wohnkosten und regelmäßige Anpassung an die Lebenshaltungskosten, Wiederherstellung des Zumutbarkeitsschutzes und Wegfall menschenunwürdiger Sanktionen, Einführung einer bedarfsorientierten, repressionsfreien sozialen Mindestsicherung.

8. Ausreichende Finanzierung der **Krankenhäuser**, der Budget-Deckel muss weg. Rückkehr zur vollen paritätischen Finanzierung in der **Krankenversicherung** und Übergang zu einer solidarischen Bürgerversicherung.

9. Höhere Einkommen durch Mindestlöhne und Kampf gegen Lohndumping: Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 8 Euro, der schnell auf 10 Euro erhöht wird; Einschränkung der Leiharbeit und gleicher Lohn für gleiche Arbeit; Einschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse, Sozialversicherungspflicht aller Beschäftigungsverhältnisse ab einer Bagatellgrenze. Tarifverträge müssen gestärkt und auch gegen den Willen der Arbeitgeber für allgemeinverbindlich erklärt werden, Tariftreuegelungen bei öffentlichen Aufträgen.

10. Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich auf die 35 und perspektivisch 30 Stunden-Woche. Grundlegende Verbesserung der europäischen Arbeitszeitrichtlinie und des Arbeitszeitgesetzes. Die gesetzliche Höchstarbeitszeit nach der Arbeitszeitverordnung muss von 48 Stunden auf 40 Stunden wöchentlich gesenkt werden.

11. Bedingungen für staatliche Hilfen: Staatliche Hilfgelder und Bürgschaften müssen an soziale Bedingungen geknüpft werden, wie Schutz vor Entlassungen und, Erhalt der tariflichen Standards. Öffentliche Gelder nur als Beteiligungen und mit massiver Erweiterung der Mitbestimmung.

12. Mehr Demokratie: Volle parlamentarische Kontrolle und Transparenz über die Verwendung des Hilfsfonds; Gewährleistung des politischen Streikrechts, wie in anderen europäischen Ländern.

13. Eine andere EU: Ablehnung des Lissabon-Vertrages, stattdessen eine demokratische, soziale und ökologische und friedliche Neugestaltung der Europäischen Union.

Politisches Handeln und Aktionsorientierung im Super-Wahlkampfjahr 2009

Die LINKE muss sich entwickelnde Abwehrkämpfe gegen die Auswirkungen der Krise das Abwälzen der Folgen auf die Bevölkerung unterstützen. Die regierenden Parteien, insbesondere die SPD, haben kein Interesse an Abwehrkämpfen während der Wahlkämpfe. Es ist zu befürchten, dass die SPD versuchen wird, gewerkschaftliche Mobilisierungen vor den Wahlen zu verhindern oder klein zu halten. Umso wichtiger ist es und bietet Chancen, dass DIE LINKE hier mit klaren Positionen und Forderungen aktiv ist. Gleichzeitig sollte DIE LINKE – auch in den Wahlkämpfen – ihre Kritik des Kapitalismus betonen und ihre Vorstellung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft konkretisieren und Wege in die Diskussion bringen, wie eine solche Gesellschaft erreicht werden kann.

Die **Sozialistische Linke** wird diese Positionen in die Wahlkämpfe einbringen, die zentraler Schwerpunkt der Arbeit der LINKEN im Jahr 2009 sein werden.

Für die außerparlamentarische Aktionsorientierung schlägt die **Sozialistische Linke** konkret vor:

1. Die Partei DIE LINKE sollte sich dafür einsetzen, dass gemeinsam mit anderen **dezentrale Aktivitäten und Aktionstage** für eine soziale Politik gegen die Krise und für einen grundlegenden Politikwechsel durchgeführt werden. Dazu gehört eine Aufklärungs-, Schulungs- und Argumentationskampagne der LINKEN zur kapitalistischen Krise und unseren Alternativen, dazu ist geeignetes Material zu erstellen. Die **Sozialistische Linke** wird ihren Beitrag dazu leisten. Insbesondere werden wir die Sommerakademie der Sozialistischen Linken 2009 zu einem „Krisengipfel“ machen.
2. Weitere gemeinsame Aktivitäten bis hin zu einer **bundesweiten Demonstration**, möglichst in Abstimmung mit Aktivitäten in anderen europäischen Ländern oder europäisch gemeinsame Aktionen, sind mit außerparlamentarischen Kräften zu diskutieren und dann umzusetzen. DIE LINKE sollte sich dafür einsetzen, dass dazu eine breit angelegte **bundesweite Aktionskonferenz** mit VertreterInnen von Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen und Organisationen sowie kritischen Wissenschaftlern durchgeführt wird bzw. sich an entsprechenden Bestrebungen und Konferenzen aktiv beteiligen.

3. Das bereits bestehende **Bündnis gegen den Nato-Gipfel** im April 2009 ist inhaltlich und in der Mobilisierung zu unterstützen, ebenso die weiteren Aktivitäten der Friedensbewegung für den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan.
4. Ebenso sind die **Bildungsstreiks der Schülerinnen und Schüler und Studierenden** im Mai/Juni zu unterstützen. Notwendig sind Bemühungen um die Bildung breiter Bündnisse und gemeinsam getragener Aktionen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, aktiven Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden und andere Kräften der sozialen Bewegungen.
5. Fortführung und Einbringen dieser Aktivitäten in die **Wahlkämpfe**, deren wichtigstes Resultat die Stärkung der LINKEN sein muss.